

„Stille Diplomatie“ – „Gesicht wahren“ – „Realpolitik“ – „Wertebezug der Politik“.
Der China-Tibet-Konflikt zeigt: Europa kann seine Identität nicht losgelöst
von Menschenrechtspolitik wahren, also sich selbst und sein Handeln
nicht losgelöst davon definieren.

Diplomatie ist nicht Gehorsam

Zum Umgang mit Peking

- a) Beispiele politischen sowie
journalistischen Duckmäusertums

- b) These: Ohne substanzielles
Eintreten für Menschenrechte
verliert Europa Orientierung
und Handlungsfähigkeit

Fritz W. Peter
[April 2008]

Wächst die konzeptionelle Einsicht?

Der Versuch des zuständigen deutschen Ministers, das Thema China-Tibet nur im Sinne eines interessenpolitischen diplomatischen Ansatzes zu beantworten, ist innerhalb der europäischen und deutschen Öffentlichkeit *weitgehend gescheitert*, d.h. Europa und auch die deutsche Regierung können ihre Politik nicht losgelöst von Menschenrechtspolitik formulieren und praktizieren. Entgegenstehender Rat ist erneut (am Beispiel des China-Tibet-Konflikts) *widerlegt worden*. Aus einer Anzahl journalistischer Beiträge, die zum *interessenpolitischen* Ansatz raten, sind einige herausgegriffen und unter Aspekten ihrer Substanz und Schlüssigkeit bewertet worden.

Journalismus, der am Thema vorbeigeht:

1. „Pekings unfrohliche Spiele. Fehlende oder passive sozialdemokratische Antworten“, 10.4.08 [eine Analyse und Kritik des ZEIT-Artikels: „Konfrontation stärkt Hardliner“, Theo Sommer, 29.3.08] (S. 3)
2. „Mit viel Ironie und wenig Argumenten gegen Menschenrechtsproteste“, Peter, 17.4.08 [Analyse u. Kritik des WELT-Leitkommentars: „Empörte aller Länder, schwenkt die Tibet-Fahne“, Jacques Schuster, 11.4.08] (S. 17)
3. „Stramm gegen Majestätsbeleidigung“, Peter, 20.4.08 [Analyse u. Kritik des WELT-Kommentars: „Nur der stille Dialog hilft“, Jacques Schuster, 18.4.08] (S. 20)

Journalismus, der das Thema trifft:

4. WELT-Artikel: „In Tibet bröckelt der Mythos Chinas“, Richard Herzinger, 23.3.08 (S. 24)

Der vorliegende Beitrag ist eine Zusammenfassung zweier vorangegangener Texte:

„Fallbeispiel China-Tibet-Konflikt: Pekings unfrohliche Spiele. Fehlende oder passive sozialdemokratische Antworten“, F. W. Peter, 10.4.08, 16 Seiten, abrufbar unter www.wadinet.de/news/dokus/2013a_Fallbeispiel-China-Tibet-Konflikt.pdf

„Zum Umgang mit Peking: Ohne substanzielles Eintreten für Menschenrechte verliert Europa Orientierung und Handlungsfähigkeit“, F. W. Peter, 20.4.08, 14 Seiten, abrufbar unter www.wadinet.de/news/dokus/2013b_Gegen-Majestaetsbeleidigung.pdf

Letztere Textdatei enthält auch eine Wiedergabe des ZEIT-Artikels von Theo Sommer.

„Das Olympische Feuer ist in Paris erloschen, was für eine Symbolik“, schrieb mir eine Leserin des Manuskripts, Frau Olegard Schurich.

Fallbeispiel Tibet:

Pekings unfröhliche Spiele. Fehlende oder passive sozialdemokratische Antworten

Fritz W. Peter, 10.4.08

Spätestens mit dem Beginn der (diesmaligen) Unruhen in Tibet am 10.3.08 begannen die unfröhlichen Pekinger Spiele. Es wird ein Lauf über die lange Distanz! Die politische Führung im Einparteiensstaat China scheint nicht fähig, in alternativen Disziplinen – durch einen großen Sprung oder mehrere kleine – auf eine Konfliktlösung hinzuarbeiten und so in Verbindung mit Olympia 2008 ein Signal der Hoffnung zu setzen.

Ein großes Land verweigert selbst die kleinste Geste des Entgegenkommens. Die Antwort der chinesischen Führung auf die zurückgestauten Botschaften der eigenen Bevölkerung – oder bestimmter Bevölkerungsteile, siehe Tibet – kommt aus Gewehrläufen (vgl. Mao-Bibel, Seite 1). Ein politischer *modus vivendi* – sei es für Tibet oder in anderen Kontexten – wird verweigert. Schon der Versuch einer Verständigung gilt als Gefahr statt als Chance. So werden moderate Kräfte wie das geistliche Oberhaupt der Tibeter, der Dalai Lama, nicht in Schlichtungsversuche eingebunden, sondern mit dreister propagandistischer Lüge überzogen (s. Text).

Wie reagiert die Außenwelt, z.B. die deutsche Öffentlichkeit und Politik, auf diese perspektivlose Haltung Pekings? Im Folgenden wird nur äußerst ausschnitthaft (aber desto eingehender) thematisiert, welche Antworten aus den Reihen von Sozialdemokraten gegeben werden.

Dazu wird auf einen ZEIT-Beitrag von Theo Sommer zum Tibet-China-Konflikt eingegangen, in dem er der Diplomatie Handlungsempfehlungen gibt. Die Empfehlungen und Begründungen sollen auf ihre Schlüssigkeit und inhaltliche Relevanz untersucht werden. Einhergehend wird das Handlungsprofil Frank-Walter Steinmeiers im Fall Tibet und – darauf rückbezogen – bei einigen anderen Anlässen bewertet. Steinmeier als Politiker und Sommer als Journalist, der in den Jahren der Ost-West-Auseinandersetzung sozialdemokratisches Profil mitprägte, stehen hier für etabliertes oder jedenfalls prominent vertretenes sozialdemokratisches Denken.

Im folgenden Text wird deutlich, dass die formulierten Auffassungen Sommers und die gezeigten Haltungen Steinmeiers zum China-Tibet-Konflikt am aktuellen Geschehen und an absehbaren Erfordernissen vorbeiziehen und beide damit sozusagen neben dem Problem stehen. Wie bezeichnend ist dies Ergebnis? Auch dieser Frage wird im Textverlauf nachgegangen.

Sozialdemokratischer Hang zur außenpolitischen Beschwichtigung

„Konfrontation stärkt Hardliner“ überschreibt Theo Sommer seinen ZEIT-Beitrag zum Tibet-Thema. Soll heißen, er empfiehlt Zurückhaltung. „Kotau sind fehl am Platze“, heißt es dann im Text, mit anderen Worten, bloße Zurückhaltung ist auch kein Weg. Der Sozialdemokrat mag sich nicht entscheiden, aber der Argumentationsgang seines Beitrags beugt sich wie ein tiefer, wortgewandt verhüllter, Kotau. [s. Web-Adresse des ZEIT-Beitrags unter Anmerk. 7]

Auch was das sozialdemokratisch geführte Auswärtige Amt bisher gezeigt hat, tendiert sehr zum Kotau. Peking, Moskau, Damaskus: Wo immer ein Kotau möglich ist, ist die Neigung zur Gymnastik unter den Genossen groß. Den Besuch des Dalai Lama im Kanzleramt wollte der deutsche Außenminister aus vorauseilendem Gehorsam gegenüber Peking nicht. Dies sei undiplomatisch, gerierte er sich. In Bezug auf Fragen, die Moskau betreffen, war die Nähe zum Kreml-Standpunkt oft größer als zur Kanzlerin. Nach Sotschi nahm sie ihn erst gar nicht mit. Steinmeiers im Westen unabgestimmte Aufwartung bei Syriens reaktionärem Baath-Regime (die irakische Ausführung der Baath-Herrschaft ist glücklicherweise Vergangenheit) war ebenfalls ein willfähriges Signal. [1] Und beim Tibet-Thema beeilte sich Steinmeier als einer der ersten, so „soft“ zu formulieren, dass Peking sicher hoch zufrieden sein konnte.

Eine Politikempfehlung im leider falschen Zusammenhang

Theo Sommer empfiehlt der westlichen Politik im Tibet-Konflikt eine Strategie der „Entspannung“, bezieht sich dabei auf die Ost-West-Erfahrung und suggeriert mindestens langfristige Erfolgchancen. Ist diese Sicht – in nüchterner Perspektive – vertretbar?

Entspannung für Tibet ist ein frommes Wort! Man möchte Herrn Sommer fragen: Wollen Sie es wirklich auf die erwartbare, düstere Perspektive Tibets anwenden? Wieviel Realitätsbezug hätte das? Wieviel Glaubwürdigkeit hätten Sie wohl unter Tibetern, wenn Sie dieser Bevölkerung verheißungsvoll die Formel von der „Entspannung“ als Fernperspektive und vielleicht St. Nimmerleins-Perspektive ansagen?

Der vergleichende Rückgriff auf den Entspannungsprozess ab der 2. Hälfte der sechziger Jahre wirkt zudem nostalgisch und verklärend. Es wird eine Vision gemalt, deren Jenseitigkeit offenkundig ist, während im realen Diesseits die Tibeter, Uiguren u.a. im Zustand politisch-kultureller und wirtschaftlich-sozialer Unterdrückung gehalten werden! Tibet erträgt die Repression, planvolle Unterwanderung und Depravation, Diskriminierung und Umerziehungsmaßnahmen nunmehr im sechsten Jahrzehnt!

„Die Entrüstung über das chinesische Vorgehen ist gut zu verstehen. Und selbstverständlich dürfen wir den harschen Unterdrückungsfeldzug der Chinesen nicht einfach mit Schweigen übergehen“, heißt es lapidar und etwas betulich bei Sommer. Sofort schließt sich diesen Sätzen jedoch das routinierte, verräterische „Aber“ an: „Doch sollten wir genau abwägen, ...“

An „Abwägung“ wird es in unserer deutschen Öffentlichkeit und Politik kaum fehlen. Weit besorgter dürfte man nach aller Erfahrung sein, dass Relativierungen, Warnungen und Bedenken gegen jedwede Maßnahmen das politische Reaktionsmuster bestimmen werden und somit die „Entrüstung“, von der Sommer spricht, in marginalen Effekten verpufft! Wem gelten also die Mahnungen Sommers?

Wie man gegenstandslose Appelle „seriös“ präsentiert

Beim politischen Personal und in der Wirtschaft wird man business as usual vorziehen (was nicht ausschließt, dass einige Stimmen anderer Meinung sind und damit das Bild bereichern), und selbst in den Medien, die, wie Sommer weiß, von bad news und schlagzeilenträchtigen Effekten leben, wird „Mäßigung“ das alles dominierende Zauberwort beim China-Thema sein. In der breiten Öffentlichkeit ist ohnehin mit einer Vielfalt der Ansichten zu rechnen, zwar auch mit vielleicht starken „Stimmungen“, aber eben nicht mit einem geschlossenen Meinungsbild,

noch würde dieses sich kurzerhand in politische Entscheidungen und wirtschaftliches Handeln übersetzen. Anders gesagt, es fehlt in Wahrheit der Adressat für Sommers – und Steinmeiers – Besorgnisse und Mahnungen. Nach „Hardlinern“, die Mehrheiten rekrutieren könnten für z. B. Olympia- oder Wirtschaftsboykotte, wird man im Alten Europa vergeblich suchen.

Kopfzerbrechen können nur die Pekinger Hardliner bereiten, nicht aber die kritischen Stimmen in unserer und der internationalen Öffentlichkeit – es sei denn, man wollte Personen zu Hardlinern stempeln, die sich über mögliche Maßnahmen, die das Pekinger Verhalten vielleicht beeinflussen könnten, immerhin ernsthafte Gedanken machen. Kritische Stimmen zu beargwöhnen und beschwichtigen zu wollen, würde allerdings bedeuten und belegen, dass der eigene Impetus nicht diplomatische Einflussnahme, sondern Hinnahme des Pekinger Standpunkts ist. Im Entspannungsprozess zuzeiten des Ost-West-Konflikts war gestaltende Einflussnahme durch aktive Diplomatie dagegen das Mittel der Wahl und eine – wenn auch nur holprige – Realität, wie Theo Sommer aus der Zeit heraus, die auch seine Zeit war, erfahren und vertreten hat. Ein „do ut des“, ein um Wechselseitigkeit ringendes Geben und Nehmen, war der Anspruch und die damalige Formel für das diplomatische Bemühen um Spannungsabbau zwischen den Blöcken. Was aber wird Peking den bedrängten Tibetern (u. a.) jemals offerieren wollen?

Gedanken zur Diplomatie als politischer Wille (oder Unwille)

Diplomatie muss als Beitrag zur Bewältigung einer Problemlage angelegt sein. Wollte man eine Situation oder Problemlage nur hinnehmen, wäre wohl eher von hilfloser Reaktion als von Diplomatie (und dem Einsatz ihrer vielfältigen Ressourcen) zu sprechen. Strukturierte Diplomatie und vor allem langfristige Strategien setzen eine hinlänglich definierte Perspektive voraus. Reicht dafür das unbestimmte, unsichere Fernziel der „Entspannung“? Wären „Entspannungsadressen“ angesichts einer Situation, in der Peking dem geschundenen Tibet (auch bereits bei begrenztem Autonomiestreben) einen „Kampf auf Leben und Tod“ erklärt und diesen Worten täglich Taten folgen lässt, nicht realiter eher ein zynisch wirkendes und zudeckendes Stück Diplomatie, also Vehikel und Beleg einer rein formelhaften Diplomatie?

Diplomatie hat, falls man dies nur zugeben will, Freiheitsgrade! Diplomatie meint nicht „gehorsames Handeln“, sondern „kluges Handeln“. Diplomatie kann Beschwichtigung, aber auch das Gegenteil erfordern. Wenn tatsächlich Beschwichtigung verlangt ist, wird dies jedoch nur hinsichtlich der Mittel, nicht der Ziele, gelten können; diese bleiben auch im Fall Tibets hochgesteckt. Drastisch, aber realitätsnah ausgedrückt:

Variante 1: Verstumme, zunehmend überfremdete sowie zunehmend wirtschaftlich und sozial deklassierte Tibeter, kontrastiert mit

Variante 2: Verstumme Tibeter, die im eigenen Territorium noch weiter als in Variante 1 marginalisiert und hinsichtlich ihres Glaubens und ihrer Kultur noch mehr als bisher eingeschränkt und traktiert werden –

dies wird kaum als vertretbare Alternative deutscher Politik beim Thema China-Tibet ausgegeben werden können. Das Ziel ist Würde aus hinlänglicher Freiheit. „Kulturelle Autonomie“ war hierfür bisher der Formelkompromiss für das riesige Hochland, in dem halb Europa Platz hätte. An dieser letztlich gestellten Aufgabe, Akzeptanz für eine Lösung zu finden, darf auch die vorsichtigste Diplomatie nicht vorbeisehen, wenn sie nachhaltig sein, sprich zur Konfliktbewältigung in irgendeinem Maße beitragen will. Eilige Gefälligkeitsgesten bezeugen nicht Diplomatie; solche Gesten sind etwas Anderes als ein Handeln aus diplomatischem Geist, ein Handeln mit dem Ziel einer Konfliktregulierungsperspektive!

Entspannungspolitik und das politische Profil Willy Brandts

Theo Sommer verweist auf Willy Brandt als Kronzeugen einer erfolgreichen proaktiven Diplomatie, die auf Entspannung gerichtet war. Sommer sieht die Ost-West-Konstellation und die Antwort, die mit dem Entspannungsprozess gegeben wurde, als Parallellfall zur aktuellen Problematik, die der Diplomatie durch China gestellt wird. Die Unterschiede sind jedoch deutlich. „Entspannung“ sollte das Verhältnis zweier gegeneinander gerichteter Blöcke de-eskalieren, während der Rahmen des Tibet-Konflikts Chinas „innere Angelegenheit“ ist, jedenfalls in der Definition Pekings. Aus Pekinger Sicht gibt es für Tibet kein Handeln aus eigenem Recht – Tibet ist Landesteil! In Klammern gesprochen, je entrechteter, desto gefügiger, desto besser! Vollständige Verfügungsgewalt der Zentralregierung gilt selbstverständlich als unverhandelbar. Am ehesten erwartet sich Peking Entspannung der inneren Konflikte durch ein gleichgeschaltetes politisches und administratives System. „Entspannung“ (und darauf gerichtete Diplomatie) bekommt in diesem Denkkontext eine ungute oder doppelte Bedeutung. Diplomatie wird folglich gar nicht umhin kommen, das Thema Menschenrechte bzw. Selbstbestimmungsrechte anzusprechen, also auch die „souveräne Sphäre“ Chinas „zu verletzen“, indem die Menschenrechtslage und innere Bedingungen zu einem wiederholten, beständigen Themengegenstand gemacht werden.

Wegen der Erwähnung Brandts soll auf das Profil seiner Politik und Diplomatie nochmals eingegangen werden. Theo Sommer ruft in Erinnerung, dass Brandt schon ein Jahr nach dem sowjetischen Überfall auf die Tschechoslowakei „den Spannungsfaden zu Moskau wieder auf(nahm)“. Das Konzept der Entspannungspolitik war im westlichen Bündnis schon im Jahr vor dem sowjetischen Überfall konsens und inkraft gewesen („Harmelbericht“, 1967). Brandt ging es um Wiederaufnahme des eingeschlagenen Wegs. Seine Initiative war in der deutschen Politik und im Bündnis heftig umstritten. Man kann argumentieren, dass er die Risiken seiner Politik unterschätzte. Das Ziel war eine Politik der Öffnung und Gegenseitigkeit, als Produkt und Teil eines dynamischen Prozesses. Brandt verkörperte die von ihm verfolgte Politik glaubwürdig mit seiner ganzen Person. Sein Denken – außen- und innenpolitisch – war nicht oder wenig von Ideologie geprägt, sondern von konkretisierbaren und mehrheitsfähigen Visionen: „Ostpolitik“/„Reformpolitik“. Das heißt, er war auch Pragmatiker. Einen transatlantischen Bruch und eine europäische Spaltung wie bei Schröder im Irak-Konflikt hätte es mit Brandt nicht gegeben, einen anbiedernden Moskauer oder Pekinger Kniefall auch nicht. Stattdessen gab es einen segensreichen Kniefall in Warschau, der zu den großen, ernsten, tief gedankten Politikergesten des 20. Jahrhunderts gehört. Will man das Profil Brandts, geht die Frage an Theo Sommer, wirklich in Anspruch nehmen für einen Vergleich mit dem derzeitigen außenpolitischen Repräsentanten der Bundesrepublik?

Steinmeier verwaltet Politik und verkörpert geradezu eine sich selbst verwaltende Republik. Weil er so „passgenau“ ist, eine defensive, nicht unternehmerische, primär auf Absicherung bedachte Grundstimmung in diesem Land spiegelt, sind seine Zustimmungswerte bei Umfragen hoch. Was hat dies aber, möchte man Theo Sommer fragen, mit Brandts profilierter und mutiger, einer Lebensmission folgender Haltung zu tun, die in historischen Erfahrungen und daraus gewonnenen unbeirrbareren Überzeugungen gründete?

Der Vergleich sollte hier enden! Er war nur durch Sommers Bezugnahme auf das Handlungsprofil Brandts provoziert. Kehren wir nochmals an den Anfang der Betrachtung zurück, dem Fallbeispiel China-Tibet. Einige Zeilen, die ich nach den ersten Reaktionen der Politik (und von Sportverantwortlichen) auf den Ausbruch der Unruhen in Tibet und die brachiale chine-

sische Repression zahlreichen Bundestagsabgeordneten von CDU und SPD zugeleitet habe, möchte ich hier einfügen.

Appell an Politik und Öffentlichkeit

[Kommentar, gerichtet an die mit außenpolitischen Fragestellungen befassten Abgeordneten der Koalition]

Wir hören derzeit aus Peking vor allem Töne aus dem Wörterbuch des Unmenschen. In deutschen Ohren müssten die Alarmglocken schrillen. Mancher scheint sie nur gedämpft wahrzunehmen. Wie ist die Reaktion z. B. der Herren Rogge und Steinmeier zu verstehen? Lupenreine Ergebenheitsadressen, die übereilt und unnötig Spielraum verspielen? Ja sogar vorbeugend verspielen wollen – und mit Eilpost an die Adresse Pekings gerichtet wurden?

Man mag die Äußerungen als „Diplomatie“ ausgeben, um der Führung in Peking ohne Gesichtverlust eine Brücke zum Dialog zu bauen. Es scheint eher, dass die chinesische Führung die Vorstellung eines „Herrenvolks“ pflegt. Tibeter, Uiguren (und weitere Gruppen) werden so zu Menschen zweiter Klasse und minderen Werts. Worte wie „Abschaum“ sind offizielle, gängige Bezeichnungen geworden. Das Handeln der Behörden ist mit dieser abstoßenden Begrifflichkeit erschreckend konkludent. Wie groß ist wohl die Chance, dies durch allzu weichgespülte Diplomatie, sei es auch nur mittelfristig, ändern zu können? Welche Chancen hat eine „Diplomatie“ ohne alle Zähne, die vorausseilend erst gar nicht erörtern will, welche „Zähne“ es denn doch vielleicht geben könnte?

Wenigstens ist auf der europäischen Ebene eine weniger betuliche Haltung ersichtlich als beim Handlungsbeauftragten im Auswärtigen Amt. Deutlich mehr Diplomatie (diplomatische Aktivität) wäre vom grünen Vorgänger des jetzigen Amtsinhabers zu sehen gewesen – man denke an die Kosovo-Auseinandersetzung der Grünen! Die „Herren“ in Peking wird man zur Nachdenklichkeit schon anregen müssen, wenn man den – nicht nur – „kulturellen Völkermord“ in Tibet nicht bloß mit Schulterzucken vor sich abrollen sehen will.

Wann werden die Pekinger Herren die Brücke zu ihnen, als solche behandelten Untermenschen in Tibet wohl schlagen, wenn bloße Alibi-Diplomatie ihnen dies allein überlässt? Und wie verantwortlich ist es, diese Frage nicht sofort zu stellen, hörbar, öffentlich und als Bestandteil von Diplomatie? Wie verantwortlich ist es, Einwirkungsversuche und eine eigene Positionierung als „undiplomatisch“ und unstatthaft anzusehen? Widerspricht es denn einer guten Diplomatie, etwas zu wollen?

Zur Erinnerung: Diplomatie ist kluges Handeln, nicht gehorsames Handeln. Zur Erinnerung auch: Europa hat – neben Brot und Spielen – ein humanistisches Erbe zu bewahren. Beides muss sich hier vermutlich nicht einmal rigide ausschließen. [2]

[Ende meines seinerzeitigen Kommentars v. 29.3.] [2a]

Pekinger „Taubheit“ könnte mit mehr „Zeichensprache“ quittiert werden

Inzwischen hat das Reaktionsverhalten der chinesischen Behörden und Propagandisten immer groteskere, hysterische wie perfide Züge angenommen. Dem Dalai Lama, der über Jahrzehnte stets unzweideutig namens seines Volkes für Gewaltlosigkeit eingetreten ist (die Hochachtung, die er sich international erwarb, kam u. a. in der Verleihung des Friedensnobelpreises zum Ausdruck), wird nun sogar vorgeworfen, Selbstmordattentate zu planen. „Es fehlt eigentlich nur

noch eine offene Gleichsetzung des geistlichen Oberhauptes der Tibeter mit Usama Bin Laden“, kommentiert süffisant und treffend Peter Sturm für die Frankfurter Allgemeine Zeitung. [3]

Lüge ist das Geschäft Pekings. Wie weit soll dieser Amoklauf tragen? „Konfrontation stärkt Hardliner“, titelt Theo Sommer. Nehmen wir ihn beim Wort, und untersuchen wir den Gehalt: Kaum eine westliche Regierungsstimme k o n f r o n t i e r t e das unsägliche Verhalten Pekings allzu nachdrücklich (viele nicht einmal hörbar), und doch toben sich die Repressionskräfte an ganzen Bevölkerungsteilen sowie Einzelpersonen (vgl. etwa das Schnellgericht gegen den Bürgerrechtler Hu Jia und andere; es wird buchstäblich „kurzer Prozess“ gemacht) aus. Das Vorgehen vollzieht sich ungehemmt, man muss angesichts der erhältlichen Nachrichten bereits von E x z e s s e n der Behörden und eingesetzten „Sicherheitskräfte“ im Vollzug ihrer Handlungen sprechen. [4] Das Geschehen macht deutlich, dass mindestens eine Billigung der chinesischen Führung auch hinsichtlich der Exzesse im Spiel ist!

Für eine nüchterne Beurteilung ist somit festzuhalten, e r s t e n s, die Repression könnte kaum härter sein, z w e i t e n s, sie ist nicht(!) durch diplomatische Demarchen provoziert, d r i t t e n s, die Repression könnte durch offenere und bestimmtere Kritik in ihrer Unverhältnismäßigkeit thematisiert werden, v i e r t e n s, sie würde dann viel schneller zu einem Streitpunkt zwischen Hardlinern und flexibleren Kräften im chinesischen Establishment, f ü n f t e n s, ihr „Gesicht“ könnte Chinas Führung trotz der aktuellen Vorgänge im internationalen Urteil dennoch wahren, wenn sie im Verfolg ihrer Ziele mehr Augenmaß und Mäßigung bzw. souveräne Staatskunst erkennen lässt, also einen Diskussions- und Lernprozess auf sich nimmt – wie begrenzt dieser auch sein mag!

Evidenz liefert Peking selbst: Auch als „bissige“ Antwort auf (eventuelle) deutlichere diplomatische Proteste würde das ungezügelte Vorgehen der Behörden und „Sicherheitskräfte“ kaum willkürlicher ausfallen können, aber ein Bedürfnis in der Pekinger Führung könnte wachsen, der fortgesetzten pointierten spezifischen Kritik auszuweichen – ihr weniger Anlass zu geben! Mindestens hinterlasse eine nagende Kritik auch eine nagende interne Diskussion – wie eingeschränkt sie zunächst auch sein mag!

Theo Sommer blendet die Ambivalenzen der konflikthaften Situation aus; seine Vorannahmen lassen die offene empirische Bewertung der ambivalenten Situation nicht zu. Die Unterstellung, Kritik werde als von außen kommende Rechthaberei zurückgewiesen, ist richtig, aber es geht ja nicht darum, stures Pekinger Verhalten mit sturer Kritik zu beantworten. Mit anderen Worten, es geht darum, überhaupt die Bereitschaft zu entwickeln, nach aktiven Strategien bzw. Handlungsmöglichkeiten zu suchen – als Teil einer „klugen Diplomatie“. Wird man den sozialdemokratischen Leiter des Auswärtigen Amts dafür gewinnen können? Wird man den verdienten journalistischen Haudegen Theo Sommer, der mit dezidierter Feder über viele Jahre besonders in außenpolitischen Themen sozialdemokratisches Profil mitprägte, dazu gewinnen, seinen Blick neu zu öffnen?

Neigung zu „bürgerlicher“ oder aber „etatistischer“ Staatlichkeit?

Auch Sommer, ebenso Steinmeier, werden die Sympathie für die Tibeter und andere Verfolgte des Regimes in China teilen. Was veranlasst sie dann aber, ihre Problemdefinition nur entlang Pekinger Sicht vorzunehmen? Steinmeiers eilige Reaktion vollzieht den Pekinger Standpunkt nach – dies wohl nicht nur als „Spontanreaktion“, sondern auch aus prinzipieller Haltung. Ein Grund zur Verwunderung ist dies schon! Innerer Wandel in China ist keineswegs nur für eine

Besserung der Lage in Tibet (und anderen Provinzen mit ethnischen Minderheiten) erforderlich, sondern für China insgesamt. Mitwirkungs- und Meinungsspielraum ist zur Bewältigung der Zukunft des Landes insgesamt nötig und dringend! Es geht nicht nur um immer mehr durchgreifende staatliche Autorität, sondern wesentlich auch um individuelle und gesellschaftliche Entwicklung und Emanzipation, unmissverständlich ausgedrückt, nicht nur um **Etatismus**, auch um **Freiheit!** Ist die Zurückhaltung Sommers und Steinmeiers deswegen so groß?

Etatistische Modelle bedienen eine sozialdemokratische Vorliebe für kollektive Lösungen unter staatlicher Ägide. Das sozialstaatliche Wohlfahrtsmodell ist das Ziel aller sozialdemokratischen Politik. Chinas politische Ideologie und politische Verfassung baut ganz auf *Etatismus*, einen in dieser Variante freilich extrem autoritären Etatismus.

Die Freiheit des Marktes und einer bürgerlich und unternehmerisch organisierten Gesellschaft ruft dagegen fast reflexhaft den Argwohn von Sozialdemokraten hervor. Bei linken Vertretern der Partei kann das Wort „fast“ im Vorsatz ohne weiteres gestrichen werden. „Neoliberal“ und „kalte schwarze Republik“ lauteten entsprechende Kampfparolen der Genossen im Wahlkampf 2005. Von Gefahren einer ausufernden Staatsquote und Sozialbürokratie war dagegen niemals die Rede. Dies überließ man – eine höchst undankbare Aufgabe – dem bürgerlichen politischen Gegner.

Ein ausufernder und sogar bürokratischer Staat ist für Sozialdemokraten hinnehmbar, weil sie der Ansicht sind, dass Soziale Sicherheit, Fortschritt und Gerechtigkeit nur über einen Interventionsstaat erreicht und verteidigt werden können. Dies kann zu einer trügerischen Vorstellung werden, wenn die gesellschaftliche und individuelle Initiative erlahmt und z.B. fehlende wirtschaftliche Dynamik, geringes Wachstum und Staatsverschuldung das Sozialsystem unbezahlbar machen.

China ist auf einem strikt etatistischen (staatsbürokratischen) Entwicklungsweg, dessen weiterer Verlauf aber aufgrund wachsender Probleme, Widersprüche und nun auch Unruhen, die das Potenzial haben auszufernen, infrage gestellt ist. Nicht nur in Teilaspekten versagt das politische System, auch hinsichtlich seiner generellen Funktions- u. Reaktionsfähigkeit zeigen sich seine engen, immanenten Grenzen. In der Bewertung sind freilich unterschiedliche Deutungen und Haltungen möglich, abhängig von eigenen Grundüberzeugungen.

Intervenierende Grundüberzeugungen

Die Beurteilung und Behandlung des China-Tibet-Konflikts, d.h. auch der gewählte diplomatische Ansatz, folgen nicht zuletzt politischen Wertentscheidungen. Mit der Gegenüberstellung „Etatismus“/„Freiheit“ wird darauf nur hingedeutet, eine simplifizierende einseitige Zuschreibung von Präferenzen ist nicht beabsichtigt. Die Erörterung, welche Werte bei der politischen Behandlung des China-Tibet-Konflikts im Spiel sind, also die Diplomatie bestimmen, ist aber in kritischer Absicht notwendig. Theo Sommers Worte: „Natürlich müssen wir unsere Interessen verteidigen und unsere Werte hochhalten. Kotaus sind fehl am Platze. Aber wir sollten auch die Lehre beherzigen, ...“ Auch an dieser Textstelle des Sommerschen Themenbeitrags folgt das „Aber“ allzu schnell und fast mechanisch. Bei Sommer ist damit eine durchgängige Argumentationsstruktur bezeichnet. Ist sie bei Steinmeier anders? [5]

Mit aller Behutsamkeit könnte gefragt werden: „Werte hochhalten“/„keine Kotaus“ etc. – sind diese Beteuerungen nicht eher Lippenbekenntnisse? Und tritt nicht, in Sommers Text und in Steinmeiers Handeln, an die Stelle sozialdemokratischer Solidarität mit einem bedrängten Volk

das alles dominierende „Aber“, das in Wahrheit ein „Nein“ ist? Und stand nicht an der Wiege der Sozialdemokratie der (freilich meist nur behauptete, posaunte) „Internationalismus“?

Um eine oben getroffene eigene Aussage zu wiederholen: Diplomatie kann Beschwichtigung, aber auch das Gegenteil erfordern. Beschwichtigung und ihr Gegenteil mögen manchmal sogar Weggefährten sein, auch und gerade als Teil einer „klugen Diplomatie“. Bei einigen Politikern ist es schwer, Gesten der Diplomatie und Gesten der Beschwichtigung noch zu unterscheiden. Mancher Journalismus steht Pate.

Wo bleibt Europas „soft power“, die es doch immer gern empfohlen hat?

Taubheit wird durch Zeichensprache besiegt. Was ist möglich angesichts einer ganz anderen, malignen Form von Taubheit, der „Taubheit“ von Diktaturen? Die Zeichen, die in London, Paris, San Francisco und beim Entzünden der olympischen Flamme in Griechenland gesetzt wurden, haben in den vergangenen Tagen die Nachrichten dominiert und können von chinesischer Seite zwar verurteilt, aber eben nicht übergangen werden! Eine zunehmend kritische Stimmung in der Weltöffentlichkeit ist für die Selbstdarstellung Chinas mehr als eine Panne! Vorerst wurde von Pekinger Seite jedoch nur propagandistisch reagiert.

Im Laufe dieser Woche besucht auf Einladung des chinesischen Außenministeriums eine dritte Gruppe ausländischer Journalisten Gebiete, aus denen in den vergangenen Wochen Unruhen gemeldet wurden. Zwar wird versucht, die Journalisten gegen die örtliche Bevölkerung strikt abzuschirmen und spontane Kontakte auszuschließen, aber es kam bei den Vorgruppen doch zu solchen Begegnungen, die dann sehr aufschlussreich waren; gestellte Kontakte wurden zudem schnell durchschaut, und so war das Ergebnis für Peking bisher eher kontraproduktiv. Es bleibt die Erfahrung für die politischen Stellen in China, dass eine Reaktion auf internationale starke Kritik unumgänglich ist und man die Nachrichtenlage über die Vorgänge in China nicht beliebig manipulieren kann.

Ist auch durch *diplomatische* „Zeichensprache“ der Taubheit des Regimes beizukommen? Besonders wenn koordinierte Bemühungen erfolgen (etwa auf Ebene der europäischen Union), um das Missfallen zu bekunden, und selbst dann, wenn solche Bemühungen in Kompromissen enden, aber durch die Strittigkeit des Themas entsprechenden Widerhall in den Medien haben, ist von einer Wirkung auf Beobachter in China auszugehen, denn es signalisiert, dass sich Teile der internationalen Öffentlichkeit bis hinauf auf die Ebene der Parlamente und Regierungen gegen menschenverachtende Praxis aussprechen und formieren wollen.

Unterbleiben diese Bemühungen und käme es nicht zu einer deutlichen – wenn auch diplomatisch gefassten – Kritik und Distanzierung von der Politik Pekings, so wäre dies in der Wirkung ein Freifahrtschein für den jetzigen Kurs der Repression. Die chinesische Führung und die Behörden würden sogar folgern: „Man sieht ja, kaum offizieller Einspruch! Die anderen Regierungen begreifen, dass wir hier bei uns so konsequent durchgreifen müssen!“

Der deutsche Außenminister hat zur Klarstellung aus eigener Initiative bisher nicht beitragen wollen, vielmehr auch in der Runde der europäischen Regierungsvertreter einen hinhaltenden, „warnenden“ Part eingenommen. Die Entwicklungen werden es aber schließlich nötig machen, dass auch von deutscher Seite hörbar amtlich Stellung bezogen wird. Die europäische Ebene bietet sich dafür an. Man muss diese Möglichkeit nicht mutwillig ausschlagen, wie es der Vorgänger im Kanzleramt beim versuchten Waffendeal mit China und in der Tschetschenien-Frage tat. Beide Male agierte er gegen vorliegende Beschlusslage auf europäischer Ebene. [6]

Auch das IOC wird seiner Linie, die darin besteht, einer politischen Bewertung auszuweichen, als Folge der erheblichen Kritik wohl noch differenzieren müssen, denn nicht nur faire Spiele sind sicherzustellen, sondern auch Rahmenbedingungen, die damit nicht zu zynisch kontrastieren, z.B. allzu erniedrigende Maulkörbe für Journalisten und Sportler, sei es durch Pekinger Diktat oder IOC-Diktat. Dieser letztere Satz wurde zwei Tage vor dem bemerkenswerten Eingeständnis des IOC-Präsidenten geschrieben, dass eine politische Bewertung doch notwendig geworden sei und man die chinesische Führung mit Forderungen konfrontieren müsse und inzwischen auch konfrontiert habe.

Nach der Auftaktsitzung der IOC-Exekutive am Veranstaltungsort Peking erklärte Präsident Jacques Rogge bei einer Pressekonferenz: „Das Bewerbungskomitee hat uns 2001 versichert, die Spiele würden helfen, die soziale und die Menschenrechtssituation zu verbessern. Ich rufe Sie auf, diese moralische Verpflichtung einzuhalten.“ Zwar sei China bei Vergabe der Spiele 2001 im Ausrichtervertrag keine vertragliche Verpflichtung in der Menschenrechtsfrage eingegangen, aber, so Rogge: „Für mich sind das moralische Verpflichtungen, und wir bitten China, dieses Versprechen einzuhalten.“ Er bestätigte zudem, in seinen Gesprächen mit Chinas Premier Wen Jiabao Pressefreiheit eingefordert zu haben. „Da gibt es sicher noch Raum für Verbesserungen“, so die Formulierung Rogges. Deutschen Regierungsvertretern mag der Lernprozess im IOC zum Vorbild gereichen.

Den U.S.A. wurde von diesseits des Atlantik stets altklug „soft power“ statt „hard power“ empfohlen. Wie wäre es gegenüber dem Schwellenland China, das inmitten großer Herausforderungen steckt und offenbar Orientierung braucht, ein wenig „soft power“ zu mobilisieren. Erleben wir erneut, dass immer dann, wenn Europa nicht nur als Besserwisser gefordert zu sein glaubt, es mehr oder weniger kleinlaut wird, man könnte auch sagen, versagt?

China braucht Orientierung und wird sie in eigenem Ermessen annehmen – wenn sie nur überzeugt gegeben wird, im Geist auch einer ernst gemeinten Partnerschaft in einer immer schwieriger werdenden Welt, in der die Probleme weitgehend nur noch in Zusammenarbeit und Rücksichtnahme gelöst werden können. Auch bezüglich Darfur und Iran zieht China derzeit diese Lehre!

„Entspannung“ würde China nur in falscher Sicherheit wiegen!

Theo Sommer empfiehlt im Umgang mit Peking eine Strategie in der Spur der Entspannungspolitik alter Tage – eine offensichtliche Rückrufaktion untergegangener Zeiten der Bipolarität mit ihren starren, festgelegten Fronten und ihren definierten beiden Kommandozentralen. Die heutige Problemstellung ist eine gänzlich andere.

China sieht sich zwar momentan einer sehr sensibilisierten „Weltmeinung“ gegenüber, aber es besteht keine generelle Trennlinie (wie beim Ost-West-Konflikt) zwischen China hier und der übrigen Welt dort. Weit eher sind vielfältig überschneidende Interessen und eine hohe globale Dynamik die Zeichen unserer Zeit – gerade auch im Verhältnis zu China! China mag als Diktatur den Anspruch erheben, mit einer Stimme zu sprechen, aber seine Außenwelt ist vielstimmig und nicht „unter einen Hut“ zu bringen. Ein „Politikgeschäft“ im Sinne eines „Entspannungsdeals“ zwischen China hier und der koordinierten Restwelt dort kann nicht gemakelt werden. Der Appell geht ins Leere.

Noch gewichtiger ist aber folgender Einwand: Entspannung für China bedeutet, geringerem Druck ausgesetzt zu sein, da manche internationale Kritik als Teil des „Entspannungsdeals“

zurückgestellt würde. Gerade die Kritik bringt China jedoch unter Zugzwang, an seinem Erscheinungsbild zu arbeiten. Lange hat sich die Vorstellung in China gehalten, autark von der internationalen Öffentlichkeit zu sein. Diese Basisannahme bekommt jetzt einen Stoß. Noch glaubte man in der Behandlung des Tibet-Problems in alter Weise in Haudrauf-Manier agieren zu können. Die Behörden und „Sicherheitskräfte“ fühlten sich gedeckt durch Chinas Führung und deren bisherige Linie, und so nahmen sie ihre Aufgabe, „Sicherungsmaßnahmen“ und Bestrafungsaktionen zu exekutieren, weitgehend enthemmt wahr. „Entspannt“ (von der Kette gelassen) übten sie in den vergangenen Wochen in Tibet und angrenzenden Provinzen, ebenso wie im Kernland gegenüber Dissidenten, ihren „Job“ aus. Man kann dies treffend als „Abreaktion“ bezeichnen. Spannungen, die sich in einem autoritären undialogischen System zwangsläufig aufbauen und nicht abgeführt werden können, entladen sich in einem zugleich spontanen und gesteuerten „Entspannungsprozess“ ausführender Repressionsinstanzen. Hierfür gibt es viele Parallelbeispiele. Aus der deutschen Erfahrung könnten z.B. die Vorgänge nach der Machtergreifung 1933 und in den weiteren dreißiger Jahren genannt werden. Andere Länder und Systeme haben ihre jeweiligen, allerdings in den Motiven und Ausmaßen äußerst unterschiedlichen Lehrbeispiele.

Ein „entspanntes“ China, unter der Voraussetzung einer unverändert beibehaltenen autoritären Herrschaft, wäre ein China, das seine Repression nicht infrage stellt, sondern seine wachsenden Probleme konservativ-selbstgewiss in alter Weise systemkonform zu lösen versucht. Es wäre sogar ein zunehmend repressives China, denn die Probleme wachsen wegen der ebenfalls wachsenden Komplexität der Wirtschaftsabläufe und der Staatsführung ständig und zwingen so zu verstärkter Ausübung autoritärer Macht, um das Gesamtsystem zu erhalten.

Kurzum, nicht durch alte Reflexe sollte sich das System von seinen autoritär-systembedingten Aufladungen „entspannen“ dürfen, vielmehr ist ein Zustand wünschenswert, bei dem das chinesische Establishment „angespannt“ auf eine kritische internationale Öffentlichkeit schauen muss, die das Geschehen in China unter Beobachtung hält und nach den Maßstäben nicht des Regimes sondern endlich auch seiner Mitwelt bewertet. Wollte China unter dieser Randbedingung an seinem Erscheinungsbild „arbeiten“ und sein „Standing“ verbessern, müsste es substanzielle innere Reformen schultern, die auch Föderalisierungsschritte einschließen, denn wie wollte man anders die Vielfalt der Regionen des Riesenreichs (s. Tibet) respektieren bzw. den lokalen Bedürfnissen Rechnung tragen und lokale/regionale Verantwortung stärken?

Anders kann Befriedung mittels politischer Perspektive nicht geboten werden, die ein einiges, nicht nur gewaltsam zusammengehaltenes China dauerhaft bestehen lassen könnte. Und anders entfielen auf Dauer auch die moralische Rechtfertigung für demokratische Staaten, Pekings Doktrin einer Ein-China-Politik passiv hinzunehmen. Ob diese auf der Hand liegende Einsicht wohl in der deutschen Politik, nicht zuletzt auch im Auswärtigen Amt, realisiert wird? Und ob auch die Weitsicht einkehrt, das Thema frühzeitig und initiativ auf europäischer Ebene einzugeben, also die Wirkung einer unhinterfragten Ein-China-Politik auf die internen Verhältnisse Chinas (sowohl unter Menschenrechts- wie damit verknüpften Entwicklungsaspekten in den Regionen) auszuleuchten und offen zu problematisieren?

In Theo Sommers Entspannungsempfehlungen wird man sich dafür wenig Rat oder Anregung holen können. Der Kotau erfolgt schon bei seiner Ausgangsüberlegung, dass man es der Pekinger Führung im Prinzip nur recht machen müsse – durch weitgehende Zurückhaltung und manches Entgegenkommen sowie bei optimistischer Erwartung einer Selbstreform des Regimes im Zeitablauf. Doch genau dieser Erwartung muss erst nachgeholfen werden.

„Ein-China-Politik“ nur im Paket mit mehr Föderalismus!

Der Schlusspunkt dieser Betrachtung ist mithin die Langfristperspektive im Umgang mit Pekinger Ansprüchen. Da Peking seine Ein-China-Politik auch weiterhin zur Bedingung gegenseitiger Beziehungen wird machen wollen, müssen Fragen zu deren innenpolitischen Auswirkungen formuliert und vorgebracht werden. Eine Politik wie derzeit in Tibet nur hinzunehmen, kann nicht die schlussendliche Empfehlung an deutsche oder europäische Politik sein.

Beim Thema der Ein-China-Politik könnte eingewandt werden, dass diese Doktrin mit Blick auf Hongkong, Macau und Taiwan formuliert war, aber klar ist, dass sie zusätzlich den Anspruch Chinas gegenüber anderen reklamierten Gebieten wie der Autonomen Region Tibet decken könnte. Tibet wird von chinesischer Seite freilich so sehr als ein Teil des „Reichs der Mitte“ definiert, dass seine Zugehörigkeit erst gar nicht infrage stehen könne, aber unausgesprochen ist mit dieser Doktrin dennoch auch der Anspruch auf das „autonome“ Hochland formuliert. Allein die Befassung mit dem Thema der Ein-China-Politik und ihrer Implikationen für Chinas Taiwan-Politik – in Klammern Tibet-Politik – auf der Ebene europäischer politischer Gremien würde Schockwellen in China auslösen und der Führung *bewusst machen*, dass ein allzu starres Binnen- oder Außenverhalten unverdauliche Nebeneffekte haben kann. Es geht nicht um „auführerische/marktschreierische“ Ansprache eines Reizthemas, sondern um die seriöse, berechtigte und notwendige Befassung mit der Frage, inwieweit sich deutsche oder europäische Politik in der Tibet- oder Taiwan-Frage verstricken, wenn sie der Ein-China-Politik ohne genügende Klarstellung der akzeptierten Grenzen beipflichten bzw. beigepflichtet haben. Eine auf europäischer Ebene gemeinsam gefundene Klarstellung könnte im Übrigen im diplomatischen Alltagsgeschäft die Dinge sehr vereinfachen. Peking verlangt z.B., dass andere Länder bei Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit China folgende Klausel gegenzeichnen: „Die Regierung der Volksrepublik China ist die alleinige rechtmäßige Regierung des ganzen China [... Es folgt die Maßgabe:] Taiwan ist unveräußerlicher Bestandteil des Territoriums der Volksrepublik China.“ Mit vielerlei ausweichenden Formeln wurde darauf reagiert: „zur Kenntnis nehmen“/„auffassen“/„betrachten“/„eingestehen“. Und wie wollte man sich stellen, geht die Frage an deutsche oder europäische Politiker, wenn Festland-China eines Tages die vorgelagerte Insel Taiwan militärisch unter Kontrolle bringen wollte? Angedroht hat Peking es oft genug!

Unterschrieben wurde die Klausel oft. Stellt man klar, dass dies an Bedingungen geknüpft ist, beugt man mehr als heiklen Situationen vor. Tibet bildet, wie angesprochen, keine formale Parallele, aber eine Signalwirkung ginge von einer Klarstellung auch in Richtung Tibet aus.

Fazit: Sie haben keine Kleider, nur Attitüden!

Sie mögen sich wie kleine Könige fühlen – es sei ihnen gern gestattet. Sie sind ja auch wer! Aber sie haben keine Kleider, nur Attitüden – wie mit dem vorstehenden Text am Fallbeispiel des China-Tibet-Konflikts und durch ergänzende Hinweise aufgezeigt wird. Die Rede ist von **Frank-Walter Steinmeier** und **Theo Sommer**, der wieder zur journalistischen Feder gegriffen hatte. [7]

Selten wurde das ganze Phlegma deutscher Politik so konzentriert aufgeboten wie derzeit beim Thema Tibet durch den deutschen Außenminister. Sein Handeln besteht in Untätigkeit. Diplomatie findet nicht statt. Steinmeier hat es nur nicht verhindern können, dass auf europäischer Ebene dennoch die Meinungsbildung vorangetrieben wurde.

Wehmütig ließe sich an Genschers kunstvollen Umgang mit den Möglichkeiten der Diplomatie erinnern, und auch Steinmeiers direkter Vorgänger erwies sich zu einem intellektuell anspruchsvollen Umgang mit schwierigen außenpolitischen Konstellationen fähig. Steinmeier bietet nur defensiven Umgang. Sein Fokus auf die Bedürfnisse Moskaus oder Pekings (s. Text) lässt beim Tibet-Thema kaum inspiriertes Handeln zu, und die Wortfindung gestaltet sich schwierig.

Tibet signalisiert das Scheitern autoritärer Systeme durch fehlende politische Flexibilität, z. B. sind föderale Strukturen, die einer Region Spielraum (die Luft zum Atmen) und Verantwortung geben könnten (als Bedingung erwachsenen Daseins – auch im politischen Sinne), *tabu*. Jedes Scheitern bedeutet jedoch Konflikt – und auch meistens internationale Rückwirkungen. Damit sind Grundfragen der Politik gestellt, die begriffliche und praktische Antworten verlangen. Politische Planung zu diesem Thema ist nicht erkennbar, Steinmeier spielt allein auf Zeitgewinn – auch aus mangelnden konzeptionellen Ansätzen, die der Fallsituation gerecht würden. Leider passt es zum Bild seiner Partei – und zunehmend auch zum Bild der Koalition! „Immer langsam mit de Leut“, scheint die generelle Devise geworden zu sein. Die Langsamkeit, die damit für den Politikbetrieb in Anspruch genommen wird, betrifft, wie im Text am Fallbeispiel aufgezeigt wird, unglücklicherweise auch das *begriffliche* Erfassen der Themengebiete. –

Theo Sommer lieferte in seinem ZEIT-Beitrag – „Konfrontation stärkt Hardliner“ – mit seiner Empfehlung einer neuen Entspannungspolitik einen undurchdachten Schnellschuss. Er reagiert damit nicht auf neue Konstellationen und deren Spezifik im China-Tibet-Konflikt, sondern verstellt den Blick für eben diese Konstellationen. Indem ein vormals bewährtes Konzept, die Entspannungspolitik während des Ost-West-Konflikts, nur neu aufgetischt wird, zeigt sich auch hier ein gedankliches Phlegma. [7]

Die Entspannungspolitik sollte die Beziehungen zwischen beiden damaligen Blöcken so gut es eben ging – auch mit bescheidenen Maßnahmen – entwickeln und entkrampfen helfen, formell und informell, Spannungen kalkulierbarer machen und reduzieren, also zunächst einmal beiden Blöcken voreinander Sicherheit geben. Das war ein beidseitiges, blockübergreifendes Interesse. Die weiteren Entwicklungen spielten sich getrennt intern ab.

Ganz anders der Fokus im gegenwärtigen Konflikt um die untragbare Situation in Tibet. China und seine Außenwelt bedrohen einander nicht. Die Beziehungen sind vielfältig entwickelt – mit fast beispielloser Dynamik. Die Antwort an China liegt also nicht nur oder primär im Aufbau von Beziehungen, sondern wird sich auf die Binnenverhältnisse Chinas richten müssen, wenn im Tibet-Konflikt je Entspannung eintreten soll. In der bisherigen Perspektive Pekings gibt es dafür keinen Raum.

Lediglich „Zurückhaltung“ zu empfehlen (um der „Entspannung“ willen) oder Scheinangebote zu machen (weitere Entwicklung der Beziehungen, die ja ohnehin rasant stattfindet), erscheint nicht als besonders substanzielle Strategie. Die Auswirkungen auf Tibet dürften entsprechend gegen null tendieren. So wäre dann der Kotau, den Theo Sommer „für fehl am Platz“ hält, vor der Pekinger Führung perfekt. Es wird im Beitrag von Herrn Sommer nicht klar, wie Tibet aus der Hoffnungslosigkeit herausgeholfen werden könnte, weder gegenwärtig noch perspektivisch. Man wird das Problem schon konfrontieren müssen! Es wird weder Peking noch den Tibetern im strukturellen China-Tibet-Konflikt weiterhelfen, die Position „Konfrontation stärkt Hardliner“ wie ein ehernes Gesetz – geradezu gedankenlos – herzubeten und bei der Ausführung des Themas diese Grundaussage immer nur nochmals zu variieren. Theo Sommer sollte einen neuen Anlauf zu einem zweiten ZEIT-Beitrag nehmen.

Anmerkungen

[1] Im Text „Gerd Schröder im Morgenland: Doktorhütchen für kleine Köpfe“, Juni 2007, greife ich das Thema auf; auf weitere Beiträge wird dort hingewiesen www.wadinet.de/news/dokus/1799_Gerd-Schroeder-im-Morgenland.pdf

[2] Zum Wort „Abschaum“, das hier als Beispiel genannt war, vgl. u.a. den Artikel des China-Korrespondenten v. DIE WELT, Jonny Erling: „Tibets Aufstand fing mit Chinas Provokation an“, Untertitel: „Verhaftungen begannen vier Tage vor Unruhen – Chinesischer Staatsanwalt widerlegt Regierungspropaganda“, DIE WELT, 26.3.08, S. 5, www.welt.de/welt_print/article1836953/Tibets_Aufstand_fing_mit_Chinas_Provokation_an.html;

J. Erling ist auch Teilnehmer der dritten Journalistengruppe, die auf Einladung des chinesischen Außenministeriums in strenger Abgeschiedenheit derzeit die von Unruhen betroffenen Provinzen bereisen darf. Vgl. u.a. Auftaktbericht: „Mit dem Mut der Verzweiflung“, DIE WELT, 10.4.08, http://www.welt.de/welt_print/article1886792/Mit_dem_Mut_der_Verzweiflung.html

[2a] Der „Appell an Politik und Öffentlichkeit“, gerichtet an die mit außenpolitischen Fragestellungen befassten Bundestagsabgeordneten der Koalition, ist auch als Leserbrief zu verschiedenen WELT-Artikeln auf der Website von DIE WELT wiedergegeben, u.a. zum Kommentar von Richard Herzinger, „In Tibet bröckelt der Mythos Chinas“, 23.3.08, www.welt.de/welt_print/article1836953/Tibets_Aufstand_fing_mit_Chinas_Provokation_an.html.

Die Leserbriefe finden sich unter,

www.welt.de/welt_print/article1876300/Leserbriefe_DIE_WELT_Brieffach_2410_10888_Berlin_Fax_030_2591-71608_E-Mail_forumwelt.de.html

www.welt.de/welt_print/article1876300/Leserbriefe_DIE_WELT_Brieffach_2410_10888_Berlin_Fax_030_2591-71608_E-Mail_forumwelt.de.html

[3] Peter Sturm, „Die Verblendeten von Peking. Angriffe auf den Dalai Lama“, F.A.Z., 2.4.08, www.faz.net/s/Rub12B8DA96820F497992EEB0FCA66A2524/Doc~E20C7535C14404A3D9D4491C314527040~ATpl~Ecommon~Scontent.html.

Einen bedrückenden Satz aus dem Kommentar Peter Sturms möchte ich zitieren: „Es sieht alles danach aus, als sei eine tief verunsicherte Führung darauf fixiert, eine Art Endkampf gegen die nationalen Minderheiten in China zu führen.“

Eine Situationsschilderung aus Dharamsala, dem indischen Sitz des Dalai Lama, gibt Jochen Buchsteiner in: „Der Tod des Dalai Lama wäre auch ein Verlust für China“, F.A.Z., 2.4.08, www.faz.net/s/Rub12B8DA96820F497992EEB0FCA66A2524/Doc~EC2C885833FAB43CF9B994AF1593497F1~ATpl~Ecommon~Scontent.html

Peking verkennt die Bedeutung einer möglichen Mittler-Rolle des Dalai Lama im China-Tibet-Konflikt (und will sie vermutlich ganz bewusst und absichtsvoll verkennen). Vgl. u.a. Clemens Wergin, „Chinas unverstandenes Glück“, DIE WELT, 19.3.08, S. 8, www.welt.de/welt_print/article1816272/Chinas_unverstandenes_Glueck.html.

Einem weiteren Kommentar Wergins möchte ich zustimmen, „Fackel- und Spießrutenlauf“, DIE WELT, 8.4.08, S. 1, www.welt.de/welt_print/article1879537/Fackel-_und_Spiessrutenlauf.html

[4] Vgl. u.a. „Ethnic Unrest Continues in China“, Howard W. French, New York Times, 5.4.08, www.faz.net/s/Rub12B8DA96820F497992EEB0FCA66A2524/Doc~E20C7535C14404A3D9D4491C314527040~ATpl~Ecommon~Scontent.html

[5] Steinmeier propagiert einen „Wandel durch Verflechtung“ in Bezug auf Russland. Verflechtung gibt es und sie wird wachsen. Es wäre jedoch sehr naiv, sich davon einen Wandel zu mehr Demokratie in Russland zu erwarten. Wie kann man den bloßen Umstand einer zunehmenden Verflechtung bereits zur Grundlage einer richtungweisenden Politik für Deutschland machen wollen? Die Verflechtung muss sich sogar aufgrund der Großmachtansprüche des Kreml und z.B. der eingebauten energiepolitischen Erpressungspotenziale zwangsläufig als problematisch erweisen! Ist Steinmeier uneingestanden auf dem **Sonderweg der Äquidistanz** zwischen Ost und West? Entspricht eine Neuauflage der „Achse“ zwischen Schröder und Putin seinen Vorstellungen? Ausführungen zu dieser Gesamthematik u.a. in:

„Strategische Partnerschaft“ – Politikformel zum Beschweigen der Gegensätze.

www.wadinet.de/news/dokus/1600_Leerformel-StrategPartnerschaft.pdf

Fritz W. Peter, April 2007 (10 S.)

Wohin treibt Russland? Wuchernder Staat auf Kosten der Gesellschaft

www.wadinet.de/news/dokus/131_Putins-Absichten--Merkels-Antworten.pdf

Fritz W. Peter, Febr. 2006 (22 S.)

Ende der Flegeljahre in der deutschen Politik

www.wadinet.de/news/dokus/Ende-der-Flegeljahre.pdf

Fritz W. Peter, Okt. 2005 (18 S.)

Schröder, Chirac: Re-Nationalisierung der Politik

www.wadinet.de/news/dokus/Das_Alte_Europa.pdf

Fritz W. Peter, Okt. 2004 (36 S.)

[6] Vgl. die unter Anmerkung 5 erwähnten Beiträge: „Ende der Flegeljahre in der deutschen Politik“, Abschnitte 4/5 und 8-10, und: „Schröder, Chirac: Re-Nationalisierung der Politik“, Kapitel 3f.; vgl. ferner auch

Putin und SPD nehmen Deutschland in die Klemme

[ungute Wahlverwandtschaften sozialdemokratischer Energiepolitik]

www.wadinet.de/news/dokus/1888_SPD-bringt-Deutschland-in-die-Klemme.pdf

Fritz W. Peter, August 2007 (2 S.)

Gas- und Interessenverkäufer Schröder „weiß, wo er herkommt“

[Schröder deckt Einschüchterung und Cyber War des Kreml gegen Estland.

Decken sich Schröders Haltungen noch mit den Positionen der SPD?]

www.wadinet.de/news/dokus/1666_Demokratieverständnis-der-SPD.pdf

Fritz W. Peter, Mai 2007 (6 S.)

[s. ausführliche Titelliste unter

www.wadinet.de/news/dokus/Titelliste-mit-Seitenangaben.pdf]

[7] Theo Sommer, „Konfrontation stärkt Hardliner“, DIE ZEIT (online), 29.3.08,

www.zeit.de/online/2008/14/moral-realismus-kolumne-sommer

2. Leser-Kommentar v. 17.4.

zum WELT-Leitkommentar „Empörte aller Länder, schwenkt die Tibet-Fahne“, Jacques Schuster, 11.4.08. Die Stichwort-Überschrift des WELT-Leitkommentars: „Zur weltweiten Erregung über China“. (J. Schusters Beitrag ist nach diesem Leserbrief wiedergegeben.)

Mit viel Ironie und wenig Argumenten gegen Menschenrechtsproteste

v. Fritz W. Peter

„Empörte aller Länder, schwenkt die Tibet-Fahne“, titeln Sie. „Genug der Ironie“, heißt es schließlich nach einem Drittel des Texts. Sie verweisen dann auf die vergangenen Versäumnisse, was die Kritik und den Protest angeht, und darauf, dass es reichlich Gründe gegeben hätte, diesen Protest schon seit langem zu artikulieren. D'accord! Danach fällt die Zustimmung schwerer. Sie schreiben: „Erst heute vereinigen sich die Empörten aller Länder. Sie setzen auf die Macht der Weltmeinung, die in China niemanden beeindruckt ...“ Stopp, Gegenfrage: Soll deswegen NICHT gegen das Unrecht protestiert werden? Sollte dies nicht möglichst auch WELTWEIT geschehen? Soll es KEINE Empörung geben? Und muss man die Kritiker – mit ihrer berechtigten und hörbaren Kritik – so abfällig wie undifferenziert als „Empörte aller Länder“ abtun? Hat nicht Peking z.B. durch Organisation von drei Besuchsgruppen ausländischer Journalisten innerhalb von nur wenigen Tagen deutlich werden lassen, dass es die Kritik der internationalen Öffentlichkeit schnellstens ersticken möchte? Ist nicht ein Schwall ausrastender chinesischer Propaganda – wahllos gegen den Dalai Lama, die Friedrich-Naumann-Stiftung, Carrefour und ganz Frankreich und die „internationale Verschwörung“ – losgebrochen? Ist wirklich in Peking „niemand beeindruckt“, wie Sie sagen, niemand mit einer neuen Erfahrung ausgestattet? Sind Sie ganz sicher, dass diese Erfahrung nicht doch einigen Vertretern des chinesischen Establishments, die sich z.B. einen geräuschärmeren Aufgalopp zur Olympiade gewünscht hätten, einen gewissen Denkanstoß gegeben haben könnte? Wie möchten Sie überhaupt je einen Anstoß geben? Oder soll Autarkie (Abgeschlossenheit bis zum Autismus) gegenüber der internationalen Öffentlichkeit als ehernes Gesetz gelten: Vor den chinesischen Anliegen habe der Kommentar des Auslands zu verstummen? Sind „die Herren des Landes“ – so Ihre Worte – tabu für Sie?

Sodann empfehlen Sie einen „behutsamen Umgang mit China“. Genau dieser wurde jahrzehntlang gepflegt: Kritik und Protest wurden NICHT laut, was Sie nun wiederum eingangs Ihres Leitartikels stichelnd kritisieren. China kann nicht klagen, es wurde aufgrund des Aufwärtstrends Reiseziel von Heerscharen europäischer (und anderer) Gaffer, Investitionsziel einer Unzahl europäischer (und anderer) Unternehmen. Kritik, soweit es sie gab, wurde zugedeckt durch das Erfolgsglied des Schwellenlands. Links wie Rechts fanden sich viele, die mit wichtiger Miene – und manchmal einer gewissen

autoritätsbereiten Unterwürfigkeit – von der kommenden Supermacht China und dem chinesischen Jahrhundert fabulierten. Sicher wollte man dabei gern auch gleich den „Amis tschüß sagen“ – bezüglich ihrer Weltgeltung und überhaupt. Freilich hat man auch Indien dabei vergessen, das mit seiner demokratischen politischen Erfahrung sicher flexibler den inneren Problemen oder Herausforderungen begegnen kann, als China es zu können scheint. Würde Indien alle ausländischen Studenten kurzerhand drei Monate außer Landes jagen, wenn Olympiade ist? Allein dieses letztere „Detail“ – die atavistische Handlung der Ausweisung ausländischer Studenten und Fachkräfte – lässt Sie, Herr Schuster, mit Ihrer Ironie doch recht bloß dastehen. Ich vermute auch, dass Sie dies in gewisser Weise einräumen werden.

Dann kommen in Ihrem Beitrag Hinweise auf die problematischen Seiten und inneren Instabilitäten Chinas – man konnte es doch alles wissen, ist der Gestus Ihres Beitrags! Wäre der Protest ehrlich, hätte man längst früher protestieren müssen, so Ihr fungibles Argument. Man hätte, halten Sie es den „Empörten“ vor (wenn ihre Empörung fundiert und glaubwürdig wäre), die Spiele erst gar nicht an China vergeben dürfen.

Angesichts seines Zustands könnte China „schnell im Chaos versinken“, folgern Sie dann. So schnell denn auch nicht, erlaube ich mir hier einzuwenden! Und schon sind Sie mit einem Horror-Szenario zur Stelle: „Die Welt würde eine Krise erleben, die den Globus erschüttert.“ Das mag schon sein, allerdings wird diese Krise am wenigsten durch korrekturbemühte internationale Kritik ausgelöst werden, sondern durch die Intransigenz einer autoritären Diktatur, die nicht früh genug mit Erwartungen des Umfelds umzugehen gelernt hat. Sicher wird der chinesische Reformprozess sehr „behutsam“ – um das von Ihnen benutzte Wort aufzugreifen – stattfinden müssen, um nicht aus dem (vom Peking-Regime für sich allein beanspruchten) Ruder zu laufen, aber nur den „behutsamen Umgang“ mit Peking zu empfehlen, bedeutet doch auch, ungehört zu bleiben. Die Steinmeiers, Sommers und Schusters wären dieser Tage ungehört geblieben. Die als „Empörte“ etikettierten wurden aber bis ganz oben im chinesischen Riesenreich wahrgenommen. Wie sollte man sich sonst erklären, dass diese Führung bereit ist, einen solchen Gesichtsverlust in Kauf zu nehmen, wie er z.B. mit der erwähnten Ausweisung zehntausender ausländischer Studenten sowie vieler Fachkräfte verbunden ist? Die Rede vom „Gesichtsverlust“ sollte man spätestens jetzt sehr viel vorsichtiger gebrauchen, denn ausgerechnet Chinas Führung statuiert derzeit ein Paradebeispiel für einen ebenso hilflos wie mutwillig wirkenden Verlust des eigenen Gesichts!

Sie schließen Ihren Kommentar mit dem Verweis auf eine über allem stehende, zu gewährleistende, inhaltlich aber nicht näher bestimmte „Stabilität“. Nimmt man Ihren Argumentationsgang, müssten Sie logischerweise auch fragen, wie diese „Stabilität“ von außen denn überhaupt gefördert werden könnte (z.B. durch Zurückhaltung der internationalen Kritik – dies ist ja Ihre besorgte Empfehlung), wenn andererseits die innere Meinungsbildung in China durch Kritik und Proteste des Auslands gar nicht tangiert wird – so jedenfalls Ihr Diktum: „...Weltmeinung, die in China niemanden beeindruckt und schon immer ein stumpfes Schwert war.“) Sie stellen dies ja recht apodiktisch als gegeben heraus!

Ihr Argumentationsgang erscheint in vielen Punkten wenig schlüssig. Dieselbe Ironie, mit der Sie nicht sparen, birgt ihre Tücken. Die wenigen Absätze dieses Kommentars haben dies bereits deutlich machen können. [fwp 18.4.08]

WELT online – 11. April 2008

Von Jacques Schuster

Leitartikel: Zur weltweiten Erregung über China

Empörte aller Länder, schwenkt die Tibet-Fahne

In der Seele der westlichen Völker gibt es immer wieder Tage des Großreinemachens. Plötzlich entdecken sie einen Frevel, der schon seit Jahren besteht, nun aber Wut, Trauer, Verzweiflung auslöst und sofort beseitigt werden muss. Wildfremde Menschen liegen sich weinend in den Armen. Andere hetzen einer Fackel hinterher, um ein Feuer zu löschen, das sowieso jeden Abend ausgedreht wird. Dachte man, Tibet betreffend, noch vor Monaten allenfalls an Reinhold Messner und das Dach der Welt, so ist heute allen klar: Dieses Land muss frei und unabhängig sein! Global denken, vor Ort handeln – das ist die Parole der Stunde.

Lokalpolitiker debattieren gegenwärtig sogar den Vorschlag, alle Bürgermeister zu bitten, während der Olympischen Spiele in Peking die tibetische Flagge auf ihren Rathäusern zu hissen. Wirkungsvoller wäre ein Boykott aller Chinarestaurants samt Mahnwachen und Lichterketten. An der Macht des deutschen Magens wird Pekings Parteiführung zerbrechen. Derweil freilich müssten Darfur und Tschetschenien, Simbabwe und Syrien warten. Schließlich kann man sich nicht um alles kümmern.

Genug der Ironie. Nur wenige Gründe sprechen derzeit für China. (Einen gibt es, doch davon später.) Merkwürdig ist der gegenwärtige Protest dennoch. Seit den 90er-Jahren hat sich an der Menschenrechtslage in der Volksrepublik wenig geändert. Seit Jahrzehnten misshandelt die Parteiführung die Tibeter und nicht nur sie. 55 Minderheiten, rund 108 Millionen Menschen, also neun Prozent der Gesamtbevölkerung, leben gegenwärtig im chinesischen Vielvölkerstaat. Nicht alle, aber einige von ihnen leiden unter den Han-Chinesen, die die Herren des Landes sind und demokratische Verhältnisse grundsätzlich ablehnen.

Dem Olympischen Komitee waren diese Tatsachen bekannt. Seine Vertreter entschieden sich dennoch für China. Demonstrationen gab es damals genauso wenig wie in Frankfurt, als sich die Buchmesse entschloss, das Regime für 2009 als Hauptgast einzuladen. Folgerichtig wäre es gewesen, die chinesische Staatsführung so lange zu übergehen, bis sie das Wesen ihrer Politik mit den olympischen Werten in Einklang bringt. Doch auf die Idee kam niemand, und kaum jemand störte sich an dieser Gleichgültigkeit. Erst heute vereinigen sich die Empörten aller Länder. Sie setzen auf die Macht der Weltmeinung, die in China niemanden beeindruckt und schon immer ein

stumpfes Schwert war. In der modernen Geschichte ist kein Ereignis bekannt, wo eine Regierung von der Ausführung einer bestimmten Politik durch den Aufschrei der Weltöffentlichkeit abgehalten wurde. Es sind die Kräfte der eigenen Gesellschaft, die Reformen oder Revolutionen anstoßen. Auf sie darf man hoffen, befördern lassen sie sich nur schwer. Hier nun wird es Zeit, sich mit dem Argument zu befassen, das für einen behutsamen Umgang mit China spricht.

Das Reich der Mitte ist längst nicht so gefestigt, wie man im Westen glaubt. Seit Jahren warnen Asien-Experten wie Eberhard Sandschneider vor der Möglichkeit eines Zusammenbruches der Volksrepublik. Trotz gewaltiger Wirtschaftserfolge und eines wachsenden Reichtums steht China seit Jahren am Rande des Untergangs. Es leidet unter massiven sozialen Problemen, es stöhnt unter einer gewaltigen Landflucht (bis zu 180 Millionen Menschen auf der Wanderung), es ächzt unter der Umweltverschmutzung (100 Millionen Ökoflüchtlinge) und kämpft gegen eine Instabilität, die jederzeit staatsbedrohend werden kann. Pessimistische Schätzungen gehen davon, dass Peking in wenigen Jahren bis zu 250 Millionen neue Arbeitsplätze schaffen muss, um die Probleme auf dem Arbeitsmarkt in den Griff zu bekommen. Hinzu kommt der Missmut zahlreicher gesellschaftlicher Gruppen, der sich immer häufiger in Gewalt entlädt. Lag die Zahl der gewaltsamen Zwischenfälle mit der Staatsmacht 1992 bei 8700 Fällen, meldete das Ministerium für öffentliche Sicherheit 2005 schon 87 000 Protestaktionen.

Sollte es zu größeren Konflikten kommen, könnte das Reich der Mitte mit seinen 1,3 Milliarden Menschen schnell im Chaos versinken. Der Rest der Welt würde eine Krise erleben, die den Globus erschütterte. Vor diesem Hintergrund ist es wohlfeil, nur an die Freiheit zu denken. Ohne Stabilität ist Freiheit nichts.

www.welt.de/welt_print/article1890688/Empoerte_aller_Laender_schwenkt_die_Tibet-Fahne.html

3. Leser-Kommentar v. 20.4.

zum WELT-Kommentar „Nur der stille Dialog hilft“, Jacques Schuster, 18.4.08. Stichwort-Überschrift des WELT-Kommentars: „Protest gegen Chinas Menschenrechtspolitik“. Schusters Beitrag ist nach diesem Leserbrief wiedergegeben.

Stramm gegen Majestätsbeleidigung

v. Fritz W. Peter

„Nur der stille Dialog hilft“ im Umgang mit Peking, lauten Überschrift und Schlusssatz des WELT-Kommentars vom 18.4.08. Der „stille Dialog“ wurde allerdings bisher schon beflissen befolgt, vor allem seit Chinas steilem Aufstieg zur globalen Werkbank, zum

unübersehbaren Wirtschaftsfaktor. Wirtschaft und Politik, nahes und fernes Ausland, Asien, USA, Europa – sie alle machten wenig Unterschied in ihrem Werben und ihrer Biagsamkeit gegenüber Pekinger Wünschen oder Willensbekundungen. Respektvoll bis bewundernd war die ganz überwiegende Haltung, manchmal verbunden mit leicht unguuten Gefühlen, wie sich und wohin sich die quirlige Riesenbevölkerung und das ungelenke, autoritäre, doktrinäre Regime wohl entwickeln würden.

Die unguuten Gefühle waren so unberechtigt nicht. Periodische martialische Drohungen gegen Taiwan; seit Jahren (seelenruhige) Völkermord-Assistenz für die sudanesishe Regierung in Darfur, dies sowohl vorort durch Waffenlieferungen als auch im UNSR (Sicherheitsrat) durch entnervende Blockadehaltung, die ja erst jüngst vordergründig aufgegeben wurde; Waffenlieferungen auch an andere Schurken-Regierungen wie der Simbabwes; eine gnaden- u. lückenlose Umerziehungspolitik gegenüber Minderheiten und Andersdenkenden auf dem eigenen Territorium einschließlich jener Gebiete, die historisch verfälschend als eigenes Territorium reklamiert werden – das ist Teil der Verhaltensbilanz Pekings, die jeden, der nicht stumpf oder einseitig parteiisch ist, beunruhigen muss.

Tibet ist nur der aktuell sichtbarste Beleg einer als Sackgasse erkennbaren politischen Intransigenz des Regimes. Wie geschlossen ist die Führung oder spüren bereits einige Entscheidungsträger, dass sie sich „verbarrikadiert“ haben? Spüren sie, dass „unplanmäßige“ Ereignisse den Entscheidungsmechanismus überfordern? Oder glaubt man unverrückbar an die politischen und neuerdings „wissenschaftlichen Möglichkeiten“ der Steuerung des Gesamtsystems von Wirtschaft und Gesellschaft?

Wie mag die Endlösung für Tibet wohl nach weiteren gut 60 Jahren (eine solch lange Zeit haben die Tibeter schon seit Mao unter der chinesischen Repression ausgeharrt – dies fast durchgängig unmilitant auch dank ihres spirituellen Führers), also wie mag sie aussehen, die Endlösung, die Peking Tibet zugedacht hat?

„Stillen Dialog“ empfiehlt in seinem WELT-Kommentar ein sichtlich besorgter Jacques Schuster, aber nicht Tibet scheint der Grund seiner Besorgnis, eher die Empfindlichkeit Pekings. Wollte man Erfolg haben, müsste das Selbstbild Chinas und seiner politischen Führung wie ein rohes Ei behandelt werden. Jeder andere Gesichtspunkt erscheint Schuster nachrangig.

„Stille (matte) Diplomatie“ als Empfehlung also auch im Fall Darfur, wo internationale Gegenwehr Jahre früher eingesetzt hätte, wenn nicht Chinas Verbandelung mit der sudanesischen Regierung hinzunehmen gewesen wäre. Die Hälfte der (mindestens) zwei Millionen Verjagten und der (mindestens) 200.000 Gemordeten wären ihrem Schicksal möglicherweise entkommen, wenn nicht „stille Diplomatie“, sondern effektive Diplomatie handlungsleitendes Kriterium gewesen wäre.

Wäre schon bei früheren Anlässen der weltweite Protest gegen menschenverachtende und völkerrechtsnegierende Aspekte der Politik Pekings ähnlich hochgekocht wie jetzt angesichts der Tibet-Politik, könnte man vermuten, dass Pekings jüngste Reaktionen flexibler, souveräner, weniger selbstschädigend, stärker gesichtswahrend ausgefallen

wären – und damit vielleicht ja auch eine Spur milder gegenüber Tibetern und Uiguren, die hier stellvertretend genannt sind. Gewissheit wird man nicht haben können, aber ausschließen wird man es nur bei vorgefasster Meinung!

Auf jeden Fall konnte die Repression nicht härter ausfallen als sie tatsächlich ausfiel. Und dies nach einer makellosen, jahrzehntelangen Bilanz „stiller Diplomatie“, wie sie „einlenkender“, „entgegenkommender“, „geschmeidiger“ nicht sein konnte (siehe z.B. die Hinnahme der Ein-China-Politik in der anmaßenden Definition Pekings).

Ich stelle mir Jacques S. an der Geschichtswende 1814/15 vor. Die alten Mächte stellten „die Ordnung wieder her“. Zwar ging es nicht um Peking oder Moskau, sondern um Mitteleuropa, aber der Ordnungsversuch alter Kräfte im durchsichtigen und äußerst robusten Eigeninteresse „der Reaktion“, wie es schon damals hieß, hat Parallelen zum Gestaltungsanspruch Pekings und Putins gegenüber den eigenen Untertanen. Jacques S. hätte wohl, rückschließend aus seinem völlig unkonditionierten Eintreten für Pekings Sicht der Dinge, auf dem Wiener Kongress entschieden mitgetanzt. Und 1848 hätte er dann folgerichtig der Haltung des preußischen Königs die helfende schreibende Hand gegeben. Es sind mithin die autoritären Traditionen und deren lastende Ergebnisse in der deutschen (und infolgedessen zusätzlich erschwerend auch in der europäischen) Geschichte, für die im gedachten Kontext ein gewisser Jacques S. optiert hätte.

Ein schon damals gern genutztes Stilmittel, ironische Herablassung, ist auch das des Jacques S., wenn er z.B. von den „Empörten“ spricht. Gemeint sind jene, die an Chinas Tibet-Politik etwas auszusetzen haben – man höre und staune, sich tatsächlich trauen, den Pekinger Majestäten am Zeug zu flicken! Schon in seinem WELT-Kommentar vom 11.4.08 titelt Schuster voller Ironie, auch wohl herablassend, im Gefühl vermeintlicher Überlegenheit: „Empörte aller Länder, schwenkt die Tibet-Fahne“.

Nimmt man auch die weiteren Behauptungen, Annahmen und Zungenschläge seines Nachfolgekommentars vom 18.4.08, so mischt sich in das Unwohlsein auch die Frage nach der inhaltlichen Kompetenz. Illustrativ ist Schusters folgendes Erklärungsangebot: „Überhaupt scheint der Protest ... auch der Wut des Westens über den verlorenen Einfluss in der Welt ... zu entspringen.“ Dieses nicht mal sehr originelle Erklärungsangebot dürfte eher auf Pekinger Propaganda-Sicht passen als auf westliche Wahrnehmung – mit anderen Worten, es wird recht schwer, einem fatalen Eindruck nicht zu erliegen. Dieser Eindruck ist, dass in den China-Kommentaren v. J. Schuster das politische Feuilleton über die politische Analyse vernichtend gesiegt hat.

Ein bisschen stutzig wurde Herr Schuster in den Tagen nach seinem Leitkommentar vom 11.4., als durchdrang, dass ausländische Studierende und Fachkräfte in China im Zeitraum Juli-September (Man könnte verwundert fragen: Ausgerechnet während der fröhlichen Spiele der Weltjugend?) das Land verlassen müssen, hopp-hopp sowie mit bizarrer Begründung. Kann die Führung eines großen Landes mehr und nachhaltiger zum eigenen Gesichtsverlust beitragen? Aber Jacques Schuster doziert in immerhin einem Drittel seines Texts (meinem Eindruck nach auf Basis einer ca. 10-minütigen Internet-Recherche) über die doch schon allgemein recht bekannte Bedeutung der

Gesichtswahrung für Chinesen! Vielleicht hätte eher darüber referiert werden sollen, warum die Wahrung des Gesichts und Ansehens die Pekinger Führung aktuell kaum zu kümmern scheint. [fwp 20.4.08]

WELT online – 18. April 2008

Von Jacques Schuster

Kommentare: Protest gegen Chinas Menschenrechtspolitik

Nur der stille Dialog hilft

Wer sich mit der chinesischen Kultur beschäftigt, der wird früher oder später darauf stoßen, wie wichtig es den Chinesen ist, dass Gesicht zu wahren. Der Grund für die Bedeutung liegt im besonderen Wert der Harmonie. Öffentlicher Streit muss unbedingt vermieden werden. Herrscht Zwietracht, soll solange miteinander gesprochen werden, bis man sich einigt. Keiner der Partner darf als Gedemütigter erscheinen. Begeht jemand einen Fehler, so maßregelt man ihn nicht. Man zeigt ihm den Weg, und er schämt sich solange, bis er den Fehler behoben hat.

Die jahrtausendealte Tradition verdeutlicht, wie schwierig es für die stolzen Chinesen derzeit sein muss, derart heftig angegriffen zu werden. Freilich trägt China einiges zu seinem Gesichtsverlust bei. Sollte sich die Nachricht bewahrheiten, dass Peking sämtliche ausländische Studenten während der olympischen Spiele auszuweisen gedenkt, hätte China die totalitären Züge, die es neben vielen anderen Merkmalen besitzt, um ein weiteres Stück entblößt.

Doch selbst wenn es so wäre, bleibt die Frage, was daraus folgt und welche Politik gegenüber der Volksrepublik die richtige ist. Manche Empörte werden nun den Boykott und die Eindämmung Chinas empfehlen. Ihnen sei gesagt: Keine asiatische Nation wird bereit sein, an einem Kreuzzug gegen Peking teilzunehmen, es sei denn, das eigene Überleben hinge davon ab. Weder Indien noch Pakistan noch Japan würden sich in einen Kalten Krieg gegen die Volksrepublik ziehen lassen. Der Versuch etwa der USA, das Reich der Mitte einzudämmen, würde mit der Isolation der Vereinigten Staaten enden. Und Europa spielt im asiatischen Raum politisch sowie keine Rolle mehr.

Überhaupt scheint der Protest neben der Trauer über die Menschenrechtsverletzungen auch der Wut des Westens über den verlorenen Einfluss in der Welt seit Ende des Ost-West-Konflikts zu entspringen. Wie auch immer: Die aufkommende Großmacht China lässt sich – wenn überhaupt – nur im stillen Dialog beeinflussen.

www.welt.de/welt_print/article1914010/Nur_der_stille_Dialog_hilft.html

4. WELT online – 23. März 2008

Von Richard Herzinger

Kommentar

In Tibet bröckelt der Mythos Chinas

Die Tibet-Krise zieht kritische Blicke aus aller Welt auf China. Jahrelang wurde die Volksrepublik mit Faszination und Furcht betrachtet, dieser Mythos könnte nun erschüttert werden. Denn durch die brutale Reaktion auf tibetische Proteste droht Chinas schein kapitalistischem Höhenflug ein katastrophales Ende.

Mit der brutalen Reaktion der chinesischen Führung auf die Proteste in Tibet bröckelt ein Mythos. Viele Jahre lang starrten die meisten im Westen mit einer Mischung aus Faszination und Furcht auf die boomende, aufsteigende Supermacht und übersahen dabei weitgehend die Warnzeichen gewaltiger Krisen, die sich unter der Betondecke der Diktatur abzeichnen.

Nur die harte Hand der Partei, so wollten es viele westliche Beobachter sehen, könne ein solches Riesenreich im schwindelerregenden Aufbruch in stabilen Bahnen halten. Jetzt zeigt sich das Gegenteil: Wie alle Diktaturen generiert auch die chinesische nicht nur Unterdrückung und Gewalt, sondern über kurz oder lang auch gefährliche Instabilität.

Ethnische Konflikte wie der in Tibet, aber auch der mit den acht Millionen muslimischen Uiguren – bei denen sich erste Formen von Terrorismus regen -, sind nicht die einzige Quelle tiefer Erschütterung des Trugbilds eines monolithischen Chinas. Für inneren Sprengstoff sorgen auch gewaltige soziale Konfliktpotenziale, etwa angesichts der Millionen entwurzelter und verelendeter Wanderarbeiter, angesichts ausgeplündelter Bauern, einer ausufernden Korruption und immenser ökologischer Probleme.

Den Herausforderungen einer modernen, hoch entwickelten Gesellschaft mit ihren Widersprüchen lässt sich durch autoritäre Kommandostrukturen auf Dauer nicht bekommen. Dazu bedarf es verlässlicher rechtsstaatlicher Normen, der Kontrolle durch eine kritische Öffentlichkeit und des Rechts der Interessengruppen, sich frei zu artikulieren und zu organisieren. Die Achtung der Menschen- und Minderheitenrechten, das haben die Machthaber in China nicht begriffen, sind kein bürgerlicher Luxus, sondern unverzichtbare Voraussetzungen für eine prosperierende Weltmacht des 21. Jahrhunderts.

Der Westen muss China zur Vernunft bringen

Das chinesische Regime aber, das zeigt sich jetzt an Tibet, hat auf die Infragestellung seiner absoluten Macht nach wie vor nur die Antworten, die ihr von der alten maoistisch-stalinistischen Gewaltlogik diktiert werden.

So mehren sich die Anzeichen dafür, dass der schein kapitalistische Höhenflug des aber unverändert autoritären kommunistischen Herrschaftssystems ein katastrophales Ende nehmen könnte. Unter den unausdenkbaren Folgen eines solchen Absturzes aber hätte die ganze Welt zu leiden.

Nicht nur aus Solidarität mit den von einem kulturellen Völkermord bedrohten Tibetern und anderen Opfern der Pekinger Willkürherrschaft, sondern auch aus eigenem Interesse muss der Westen alles daransetzen, die chinesische Führung zur Vernunft, zu politischen Reformen und zur Anerkennung von Autonomierechten zu drängen.

Die Aufmerksamkeit auf China sollte genutzt werden

Ein Olympiaboykott ist aber wohl eher kein realistischer Weg, um Chinas Machthaber zu neuen Einsichten zu bewegen. China ist längst viel zu mächtig, als dass der Versuch, das Land international zu isolieren Aussicht auf Erfolg haben könnte.

Die Aufmerksamkeit, die durch die Olympischen Spiele in diesem Jahr auf China gerichtet ist, sollte vielmehr genutzt werden, um die Führung in Peking durch eine Kombination aus öffentlichem und diplomatischem Druck und Kooperationsangeboten bei seinen eigenen Interessen zu packen und ihm klarzumachen, dass es ohne innere Wandlung in letzter Instanz auch seine eigene Macht aufs Spiel setzt.

Die Olympischen Spiele in Peking sind die geeignete Bühne, um das chinesische Regime mit einer Welt zu konfrontieren, die nicht mehr bereit ist, archaischen Unterdrückungsmethoden einfach hinzunehmen. Demonstrative Akte wie der von dem französischen Außenminister Bernard Kouchner ins Spiel gebrachte Boykott der olympischen Eröffnungs- und Abschlussfeier durch westliche Sportler und Politiker sind geeignet, dieses Signal vor der gesamten Weltöffentlichkeit auszusenden. Der angestrebte Propagandaerfolg, China als vorbildliche, harmonisierte Gesellschaft darzustellen, wäre den Pekinger Machthabern so zumindest verdorben.

www.welt.de/meinung/article1828719/In_Tibet_broeckelt_der_Mythos_Chinas.html

Leserbrief zum Beitrag v. Richard Herzinger, „In Tibet bröckelt der Mythos Chinas“, in: DIE WELT, 23.3.08

Richard Herzingers Beurteilungen sind in kritischer Absicht formuliert, zugleich ausgewogen und weisen der Diplomatie einen auch langfristig gangbaren Weg. Nachfolgend einige Anmerkungen zum Selbstverständnis einer „Diplomatie mit Perspektive“, einer Diplomatie, die weder „einknickt“ noch „auftrumpft“, einer Diplomatie, die weder eiligen Gehorsam dokumentiert noch übereilte Hoffungen hegt oder weckt. Diplomatie hat Freiheitsgrade, Diplomatie ist „kluges Handeln“, nicht „gehorsames Handeln“.

Wir hören derzeit aus Peking vor allem Töne aus dem Wörterbuch des Unmenschen. In deutschen Ohren müssten die Alarmglocken schrillen. Mancher scheint sie nur gedämpft wahrzunehmen. Wie ist die Reaktion der Herren Rogge und Steinmeier zu verstehen? Lupenreine Ergebnisadressen, die übereilt und unnötig Spielraum verspielen? Ja sogar vorbeugend verspielen wollen – und mit Eilpost an die Adresse Pekings gerichtet wurden?

Man mag die Äußerungen als Diplomatie ausgeben, um der Führung in Peking ohne Gesichtsverlust eine Brücke zum Dialog zu bauen. Es scheint aber eher, dass die chinesische Führung die Vorstellung eines „Herrenvolks“ pflegt. Tibeter, Uiguren (und weitere) werden so zu Menschen zweiter Klasse und minderen Werts. Worte wie „Abschaum“ sind offizielle, gängige Bezeichnungen geworden. Das Handeln der Behörden ist mit dieser abstoßenden Begrifflichkeit erschreckend konkludent. Wie groß ist wohl die Chance, dies durch allzu weichgespülte Diplomatie – und sei es auch nur mittelfristig – ändern zu können? Welche Chancen hat eine „Diplomatie“ ohne alle Zähne, die vorausseilend erst gar nicht erörtern will, welche „Zähne“ es denn doch vielleicht geben könnte?

Wenigstens ist auf europäischer Ebene eine weniger betuliche Haltung ersichtlich als beim Handlungsbeauftragten im Auswärtigen Amt. Deutlich mehr Diplomatie (diplomatische Aktivität) wäre vom grünen Vorgänger des jetzigen Amtsinhabers zu sehen gewesen – man denke an die Kosovo-Auseinandersetzung der Grünen! Die „Herren“ in Peking wird man zur Nachdenklichkeit schon ein wenig anregen müssen, wenn man den – nicht nur – „kulturellen Völkermord“ in Tibet nicht bloß mit Schulterzucken vor sich abrollen sehen will.

Wann werden die Pekinger Herren die Brücke zu ihren, als solche behandelten Untermenschen in Tibet wohl schlagen, wenn bloße Alibi-Diplomatie ihnen dies ganz allein überlässt? Und wie verantwortlich ist es, diese Frage nicht sofort zu stellen – hörbar, öffentlich und als Bestandteil von Diplomatie? Wie verantwortlich ist es, Einwirkungsversuche und eigene Positionierungen als „undiplomatisch“ und unstatthaft anzusehen? Widerspricht es denn einer guten Diplomatie, etwas zu wollen?

Zur Erinnerung: Diplomatie ist Klugheit, nicht Gehorsam. Zur Erinnerung auch: Europa hat – neben Brot und Spielen – ein humanistisches Erbe zu bewahren. Beides muss sich hier vermutlich nicht einmal rigide ausschließen.

Fritz W. Peter,
 Leser-Kommentar, WELT, 30.3.08